

Stadtrat der Stadt Weißenfels

Antrag:



Name des Stadtrates

Gunter Walther (Bündnis 90/GRÜNE)

eingereicht für die Sitzung des Stadtrates am

19. 03. 2020

Aufnahme des nachfolgenden Antrags als TOP für den nächsten Stadtrat:

Abwahl des AfD Stadtrates Marcus Spiegelberg als Vorsitzender des Kulturausschusses wegen Unvereinbarkeit seiner Person mit Prinzipien der Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Abstimmung:

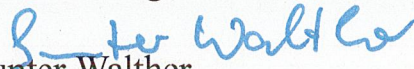
Die Frage an den SR über den weiteren Verbleib des AfD Stadtrat Marcus Spiegelberg als Vorsitzender des Kulturausschusses ist mit „nein“ zu beantworten

Begründung:

Marcus Spiegelberg ist entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Weißenfels von den Mitgliedern seiner Fraktion für den Ausschussvorsitz des Kulturausschusses vorgeschlagen und einer Mehrheit des Stadtrates so bestätigt wurden.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion zum Thema Rassismus, rechtes Gedankengut in den Reihen der AfD bis hin zum Wirken des Nazis Björn Höcke speziell im Süden Sachsen Anhaltes, bis in den BLK hinein, ist eine Unvereinbarkeit der kulturpolitischen Vorstellungen der AfD mit der für WSF propagierten Weltoffenheit und Toleranz festzustellen. Spiegelberg gehört als Unterzeichner der Erfurter Resolution zum nationalkonservativen Flügel um Björn Höcke und ehemals Andre Poggenburg. Sein Facebook – Kommentar zu linken Altparteien mit ihren radikalen Sympathisanten und der evangelischen Kirche als links – grüne Organisation disqualifizieren ihn geradezu Verantwortung für die Kulturpolitik der Stadt Weißenfels zu tragen. Seine faschistischer Sprachgebrauch von der „Umvolkung Deutschlands“ zeugt vom genauen Gegenteil einer für WSF anzustrebenden Stadt für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit.

Nur die schnellstmögliche Abwahl Spiegelbergs kann Weißenfels vor einen großen Imageschaden bewahren.


Gunter Walther
Bündnis 90/GRÜNE

Weißenfels, der 17. 02. 2020

Anlage:

- Auszüge aus dem E – Paper der Heinrich Böll Stiftung zu kulturpolitischen Vorstellungen der AfD-Abgeordnete
- Auszug Wikipedia, Inhaltliche Positionen und Kontroversen zu Spiegelberg

Zu Marcus Spiegelberg, Vorsitzender des Kulturausschusses im Stadtrat WSF und Mitglied der AfD Landtagsfraktion Sachsen Anhalt, Infoquelle: Wikipedia

Inhaltliche Positionen und Kontroversen

Spiegelberg warb im Vorfeld der Landtagswahl auf seinem Wahlplakat mit der Eigendarstellung „Jung. Patriotisch. Bürgernah.“ und ordnet seinen politischen Kurs selbst als „patriotisch und sozial“ ein. **Er ist Unterzeichner der Erfurter Resolution[14] und damit Mitglied des sich selbst als nationalkonservativ verortenden „Flügels“ innerhalb der AfD, zu dem neben Björn Höcke auch der ehemalige Landes- und Kreisvorsitzende des Burgenlandkreises André Poggenburg gehörte, welcher Anfang 2019 aus der AfD austrat und eine eigene Partei rechts der AfD gründete.[15]**

Bei Facebook kritisierte Spiegelberg bereits seit 2016 „die linken Altparteien bzw. ihre radikalen Sympathisanten“ und die evangelische Kirche als inzwischen „links-grüne Organisation“.[16]

Der erste größere politische Vorfall im Zusammenhang mit Spiegelberg ereignete sich bereits am 9. November 2016 auf einer Gedenkveranstaltung der Stadt Weißenfels und des Simon-Rau-Zentrums zur Reichspogromnacht, wo Spiegelberg allein wegen seiner Parteizugehörigkeit des Saales verwiesen wurde. Spiegelberg bezeichnete diesen Vorgang als „bodenlose Frechheit“ und empörte sich, dass ihm mit dem Rauswurf „indirekt Antisemitismus“ unterstellt werde. Er selbst äußerte sich dahingehend, dass er sich „dem jüdischen Volk als Christ sehr verbunden“ fühle und dass für ihn das jüdisch-christliche Abendland „keine Phrase“ sei.[17]

Im Dezember 2017 sorgte eine Kleine Anfrage von Spiegelberg zum Thema Organspende für Empörung, in welcher er Österreich als „deutschen Staat“ bezeichnete: „Hierbei [bei der Regelung der Organspende] sollten wir uns die erfolgreiche Herangehensweise eines anderen deutschen Staates ansehen und uns als Vorbild nehmen: die von Österreich.“ Seitens der anderen Fraktionen wurde diese Aussage massiv kritisiert und Spiegelberg sowie der AfD allgemein „Revisionismus“ und „großdeutscher Vormachtwahn“ vorgeworfen. Spiegelberg selbst verteidigte seine Äußerung: „Es steht doch kein Anschluss von Österreich auf der Agenda der AfD. [...] Österreich ist sprachlich und historisch eng mit uns verbunden. Es ist unser Bruderstaat Nummer eins.“[18]

2018 sprach Spiegelberg im Landtag in der Aktuellen Debatte zur Absage des Konzertes der Band Feine Sahne Fischfilet seitens des Bauhauses in Sachsen-Anhalt. Hierzu sagte er, dass ein Auftritt von Feine Sahne Fischfilet im Bauhaus „unverantwortlich und ein Skandal für ganz Sachsen-Anhalt“ gewesen wäre. Die Punkband sei eine „linksextremistische Hetzband“, die mit gewaltverherrlichen Texten aufgefallen sei. Sie habe in der Vergangenheit nicht ohne Grund im Verfassungsschutzbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern gestanden.[19]

Neben regionalen Themen befasst **befasst sich Spiegelberg bei öffentlichen Stellungnahmen, Reden und Kleinen Anfragen an die Landesregierung inhaltlich oft mit einer von ihm befürchteten „Umvolkung“ Deutschlands, mit der Wissensvermittlung zu Spätaussiedlern, deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen, mit deutschen Ost-West-Problemen sowie mit Forderungen zu Familie und Sicherheit. Im Herbst 2017 äußerte er sich zudem in einer Kleinen Anfrage und in den nachfolgenden Nachfragen positiv zu einer möglichen mitteldeutschen Länderfusion „Sachsen-Thüringen“.[20][21][22][23]**

Weblinks

Auszüge aus dem E – Paper der Heinrich Böll Stiftung über die Kulturpolitik der AfD-Abgeordneten, insbesondere derer aus Sachsen-Anhalt

Verfasserin: Manuela Lück, Febr. 2017

Welche kulturpolitischen Vorstellungen hat die AfD?

In der Kulturpolitik verfolgt die AfD eine Strategie der Politisierung und Re-Nationalisierung von Kunst und Kultur und ihrer Abgrenzung nach außen und innen. Grundlegend für die kulturpolitischen Auffassungen der AfD sind ein exklusiver Kulturbegriff, die vermeintliche Trennung von „Eigenem“ („Heimat“, „Identität“, „deutsche Leitkultur“) und „Fremden“ („Multi-Kulti“) sowie eine mythische Überzeichnung von „Volk“ und Deutsche Leitkultur“ vs. „Multi-Kulti“

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es: „Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“

Die AfD vertritt ein nationalkonservatives und rückwärtsgewandtes Kulturverständnis, das ausschließlich dem Bewahren vermeintlich einheitlicher kultureller Eigenheiten des „deutschen Volkes“ dient. Sie propagiert eine „deutschen Leitkultur“ und versteht die deutsche Nation als Gemeinschaft, die kulturell und ethnisch völlig gleich sein muss. Vermeintliche Tabubrüche und provozierende Begriffe wie „völkisch“ sollen die politische Debatte zugunsten der AfD verschieben

Kulturpolitische Programmatik

Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

Die Zeit des Nationalsozialismus als „Unglücksjahre“ zu bezeichnen, verharmlost den Holocaust und stellt die NS-Diktatur als fremdbestimmt dar. Das entspricht dem Diskurs der Neuen Rechten, die die Zeit des Nationalsozialismus als eine historische Epoche der deutschen Geschichte unter vielen betrachten möchte.

Die AfD verfolgt damit eine Strategie, nationalsozialistische Geschichte zu relativieren und Erinnerungskultur umzudeuten.

Die AfD verfolgt eine Strategie der Instrumentalisierung von Kunst und Kultur durch den Staat. Kunst soll Deutschland und deutsche Geschichte positiv darstellen und deutsche Identität fördern. Das würde Eingriffe in die Kunstfreiheit bedeuten, die verfassungswidrig sind

Zusammenfassung

Die AfD verfolgt in ihren kulturpolitischen Vorstellungen eine Strategie der Re-Nationalisierung von Kunst und Kultur und deren Re-Politisierung von Seiten des Staates. Dafür würde sie auch Eingriffe und Zensur in das Kulturleben befürworten. Es wird ein widersprüchlicher, aber immer ausschließender Kulturbegriff vertreten, der das Eigene („die

deutsche Leitkultur“) überhöht und vom vermeintlich Fremden („Multi-Kulti“) abgrenzt. Die AfD offenbart ein monolithisches, statisches, ausschließendes und konservierendes Kulturverständnis, das einen weiten und pluralistischen Kulturbegriff („Multikulti ist gescheitert.“) ablehnt und stattdessen einen kulturalistischen Rassismus pflegt. Es werden völkische Positionen vertreten, die Minderheiten ausgrenzen und die sich gegen Vielfalt, Gleichberechtigung und Toleranz wenden. Die Forderungen und Vorstellungen im Bereich der kulturpolitischen Praxis sind ungeordnete und widersprüchliche Ansätze, die in der parlamentarischen Arbeit nur wenig bis gar keinen Niederschlag finden.

§ 18 Kulturausschuss

Der Kulturausschuss ist ein beratender Ausschuss.

(2)

Der Kulturausschuss besteht aus 12 Stadträten und 4 sachkundigen Einwohnern.

(3)

Der Kulturausschuss berät den Stadtrat in allen die Stadtentwicklung betreffenden kulturellen Angelegenheiten. Er beschäftigt sich mit der weiteren Erschließung und Nutzung des geistig-kulturellen Erbes und der Verbesserung der kulturellen Infrastruktur durch funktionierende Kultureinrichtungen und Kulturvereine der Stadt. Der Kulturausschuss berät den Stadtrat bei der Benennung von Straßen und Plätzen.

Gehört hierzu auch Nazi Ideologie ??